

## Bericht

**des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)  
gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/8413 –**

### **Pakt für Wachstum und Wohlstand**

#### **A. Problem**

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU sieht den Wirtschaftsstandort Deutschland durch ein zunehmendes Schwinden der industriellen Basis gefährdet. Der Anteil, den das Verarbeitende Gewerbe zur Wirtschaftsleistung beitrage, sei seit dem Jahr 2018 um 2 Prozent auf 20,6 Prozent im Jahr 2022 gefallen. Zudem sei die Produktion der energieintensiven Industrien im Jahr 2022 um 20 Prozent eingebrochen. Die einschlägigen Indikatoren für das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe signalisierten zuletzt ein stark schrumpfendes Neugeschäft. Das Verarbeitende Gewerbe habe sich bisher durch seine Innovationskraft ausgezeichnet und als Produktivitätstreiber zur Sicherung des Wohlstands beigetragen. Der Grund für die jüngste negative Wirtschaftsentwicklung seien gestiegene Kosten, die auf ein unzureichendes Energieangebot, den schnellen Anstieg von Lohnnebenkosten und zunehmenden Bürokratieaufwand zurückzuführen seien. Es brauche daher Strukturreformen und eine Wachstumsagenda für Wirtschaft, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit, damit Deutschland ein weltweit führendes Industrieland bleibe.

#### **B. Lösung**

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung zur Sicherung des Wohlstands in Deutschland auf, eine breit abgestimmte Industriestrategie vorzulegen, die wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Industrie schafft. Zudem solle ein Belastungsmoratorium für Unternehmen beschlossen und das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz schnellstmöglich in den Deutschen Bundestag eingebracht werden, um die Wirtschaft spürbar von Bürokratie zu entlasten und Investitions- und Forschungshemmnisse abzubauen. Weiter fordert die Fraktion, Planungs- und Genehmigungsprozesse erheblich zu beschleunigen und das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz für Unternehmen mit mindestens 1.000 Arbeitnehmern im Inland bis zum 1. Januar 2025 auszusetzen. Eine weitere Forderung

bezieht sich auf die Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise, auch durch Senkung der Stromsteuer auf das gesetzliche europäische Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde. Zudem solle eine Superabschreibung für Investitionen in Klimaschutz, Automatisierung und Digitalisierung eingeführt und Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen durch die Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent entlastet werden. Im Ergebnis brauche Deutschland eine Wachstumsagenda für die Wirtschaft, den Wohlstand und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

**C. Alternativen**

Die Fraktion der CDU/CSU sieht keine Alternative zu ihrem Antrag.

## Bericht des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses Michael Grosse-Brömer

### I. Verlangen eines Berichts

Die Fraktion der CDU/CSU hat in der 78. Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 12. Juni 2024 gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einen Bericht des Wirtschaftsausschusses über den Stand der Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/8413 verlangt. Die Voraussetzungen für eine Berichterstattung liegen vor.

### II. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/8413** in seiner 122. Sitzung am 21. September 2023 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

### III. Beratungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 89. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Beratung des Antrags in seiner 78. Sitzung am 24. April 2024, in seiner 79. Sitzung am 15. Mai 2024, in seiner 80. Sitzung am 5. Juni 2024 und seiner 81. Sitzung am 12. Juni 2024 vertagt.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Beratung des Antrags in seiner 65. Sitzung am 24. April 2024, in seiner 67. Sitzung am 15. Mai 2024, in seiner 70. Sitzung am 5. Juni 2024 und seiner 72. Sitzung am 12. Juni 2024 vertagt.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag in seiner 107. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/8413 in seiner 75. Sitzung am 24. April 2024, in seiner 76. Sitzung am 15. Mai 2024, in seiner 77. Sitzung am 5. Juni 2024 und in seiner 78. Sitzung am 12. Juni 2024 vertagt. In allen Fällen beschloss der Wirtschaftsausschuss die Vertagung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD und der Gruppe Die Linke.

Berlin, den 12. Juni 2024

**Michael Grosse-Brömer**  
Vorsitzender